

Inklusion – neuer Begriff, neue Hoffnungen, neue Chancen für Menschen mit Behinderung?!

Über Wirksamkeiten, Halbwertzeiten und Notwendigkeiten von Integrationsmaßnahmen zur allmählichen Entdeckung der Inklusion als Menschenrecht

Prof. Dr. Reinhard Markowetz

**Meine sehr geehrten Damen und Herren,
geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste, liebe Freunde**

Ich darf mich zunächst herzlich für die Einladung bedanken und freue mich außerordentlich einen Beitrag zu unserem heutigen 3. Fachtag hier oben im hohen Norden in Kiel leisten zu dürfen. In Anbetracht des spannenden Themas „Sozialräume gemeinsam gestalten“ der Europäischen Akademie für Inklusion habe ich nicht lange zögern müssen um zuzusagen. Gerne übernehme ich die mir angetragene Aufgabe aus Sicht der Heil- und Inklusionspädagogik ein paar einführende, wie hoffentlich über den heutigen Tag hinaus nachdenkenswerte Impulse zu geben. Dies tue ich in der Hoffnung, dass meine Ausführungen helfen miteinander nachhaltige Strategien auf den Weg zu bringen, die klar erkennen lassen, dass die Inklusion von Menschen mit Behinderungen keine gesellschaftliche Utopie in einem zusammenwachsenden Europa ist, sondern ein weltweit völkerrechtlich bejahtes und innerstaatlich verbindliches Gebot, ein Menschenrecht, das konditional nicht länger an Bedingungen und Ressourcenvorbehalte geknüpft werden darf.

Nun wissen wir aber, dass die Umsetzung von Menschenrechten immer auch mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden ist. Geschichtlich betrachtet gilt die Überwindung der Jahrhunderte langen „Rechte“-Losigkeit von sog. Verrückten, Schwachsinnigen und Krüppeln hin zu einer vordergründig stets zum Wohle von Menschen mit Behinderungen organisierten modernen „integrativen“ Behindertenhilfe zweifelsfrei als Erfolg, wenngleich alle Rehabilitationsbemühungen aus Sicht der Behindertensoziologie die Stellung von Menschen mit Behinderungen in der Gesellschaft nicht wirklich verbessert haben.

Wohl deshalb wurde am 30. März 2007 in New York durch die Vollversammlung der Vereinten Nationen in einer denkwürdigen Sitzung eine umfängliche „Konvention über die Rechte behinderter Menschen“ beschlossen. Zu den 81 Ländern, die diesen Beschluss gefasst und auch sofort unterschrieben haben gehörte auch Deutschland. Mit der Ratifizierung durch den 20. Staat im April 2008 -es war Ecuador- trat die Konvention am 3. Mai 2008 schließlich höchst offiziell und weltweit in Kraft. Bis zum Ende des Jahres 2010 haben 155 Staaten und die gesamte EU unterzeichnet. Besondere bemerkenswert ist an der Stelle, dass die EU als Rechtssubjekt geschlossen einem Menschenrechtsvertrag beigetreten ist. Von 97 Staaten und von eben diesen 27 EU Mitgliedstaaten wurde die Konvention ratifiziert, d.h. klar zum Ausdruck gebracht, dass die Konvention in Nationales Recht überführt und konsequent umgesetzt wird. Darunter auch Deutschland und seit dem hören wir in den Medien wie in der Fachwelt unentwegt, dass und wie einschneidend diese Konvention nun für unser System der Behindertenhilfe ist, sie endlich die gewünschten Veränderungen für Menschen mit Behinderungen

bringen wird aber gleichzeitig das System selbst in ihren Ritualen und Finanzierungsstrukturen unter Druck setzt.

Von unseren direkten Nachbarländern haben zwischenzeitlich zwar auch alle unterschrieben. Die Behindertenrechtskonvention ratifiziert haben allerdings nur Belgien, Österreich, Frankreich, Dänemark und Tschechien.

In Luxemburg, Polen, in den Niederlanden und in der Schweiz wartet man mit der Ratifizierung noch zu. Diese Länder befürworten zwar zustimmend die New Yorker Erklärung der Rechte behinderter Menschen, unterschreiben aber erst einmal keine Konvention, die sie nicht auch tatsächlich in der Lage sind in nationales Recht zu überführen. Die Folgen der Umsetzung der Konvention seien so liest man das zumindest in der Schweiz für die dortige Rechtsordnung noch schwer abzuschätzen und deshalb noch abzuklären.

Jamaika war übrigens das erste Land der 192 UNO-Mitgliedsstaaten, das die UN-Behindertenrechtskonvention ratifizierte und seitdem in nationales Recht überführt. Besonders erfreut bin ich darüber, dass die Regierung in einem mir sehr nahe stehenden Land in Westafrika, in Burkina Faso am 23. Juli 2009 die Behindertenrechtskonvention ratifizierte. Das erleichtert es mir sehr unsere Initiative für „inklusive Education“ und Projekte für eine gemeinsamen Erziehung, Bildung und Förderung von Kindern mit und ohne Behinderungen in einem Land voranzubringen, das weder über genügend Grundschulen noch überhaupt über aussondernde Sonderschulen verfügt. Ich betone das an der Stelle so, weil ich mein Honorar für meinen Einsatz heute hier bei unserer Tagung in vollem Umfang der inklusiven Entwicklung und dem Erreichen der sog. Millenniumsentwicklungsziele in dem ärmsten Land der Welt spende. Ich sage das nicht nur weil ich für dieses Projekt natürlich auch ein bisschen werben möchte, sondern weil es besonders spannend ist Inklusion eben nicht über den Umweg des Auf- und Ausbaus von Sonderschulen und speziellen Einrichtungen zu erreichen, sondern in einem Land beim Bau der noch vielen Schulen grundsätzlich Bildung für alle zu denken und von Beginn an im gemeinsamen Unterricht zu realisieren.

Die UN-Behindertenrechtskonvention ist zweifelsohne ein Meilenstein in der Geschichte der Behindertenpolitik, der Behindertenhilfe und der Behindertenpädagogik. Sie gibt weltweit und unmissverständlich den Weg in eine inklusive Zukunft vor und garantiert unter dem Leitbegriff der Inklusion umfassende rechtliche und soziale Gleichberechtigung sowie Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in allen menschenrechtlich geschützten Lebensbereichen, in der Vorschule mit ihren Kindergärten und –tagesstätten, der Schule, der Arbeit, der Freizeit, dem Wohnen und Leben in den Städten, Kommunen und Gemeinden, ob in Kirchen und Pfarrgemeinden, Volkshochschulen, Vereinen oder anderen kulturellen und öffentlichen Räumen. Mit Inklusion verbinden sich Hoffnung nach großen Veränderungen oder um in der Philosophie des gleichfalls schon mit Vorschusslorbeeren ausgezeichneten Friedensnobelpreisträgers Barak Obama zu bleiben: CHANGES!

Bringt Inklusion tatsächlich die Wende oder eher mehr Illusion als Wirklichkeit? Wie gehen wir mit diesem rettenden Heilsbegriff um? Wird Inklusion als Begriff und Bewegung Bestand haben?

Interessant und zugleich erstaunend ist schon mal, dass es bereits eine zwischen Deutschland, Liechtenstein, Österreich und der Schweiz abgestimmte Übersetzung des UN-Schriftstücks aus dem Englischen gibt. Auf diesen 40 Seiten wird das Wort 'Inclusion' und seine Derivationen nicht ein einziges mal genannt. Alle Passagen wurden schlicht mit Integration, integrativ usw. übersetzt. So ist zum Beispiel in der 'convention on the human rights' im Artikel 24 von einem 'inclusive education system'

die Rede, um das Recht von Menschen mit Behinderungen auf Bildung ohne Diskriminierung und auf der Grundlage der Chancengleichheit zu verwirklichen, während in dem deutschsprachigen 'Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen' dies durch ein 'integratives Bildungssystem' gewährleistet werden soll.

Der politische aber auch wissenschaftliche Diskurs um die Begriffe Integration und Inklusion und den dahinter sich verbergenden Ideologien und Konzepte präsentiert sich nicht nur in diesem Papier bunt und kontrovers. Fast hat man den Eindruck, wie Theo Frühauf von der Lebenshilfe Deutschland mutmaßt, dass durch die konsequente Transformation der Wortfamilie Inclusion in das Vokabular der Integration die Radikalität der UN-Konvention entschärft und vor allem ihre sozial- und bildungspolitische Schubkraft klein gehalten werden soll, damit am besten alles so bleibt wie es ist. Auch anerkannte Institute, die sich professionell mit Menschenrechte beschäftigen, äußern sich diesbezüglich besorgt und mahnen wie das Deutsche Institut für Menschenrechte in Berlin, das übrigens mit der Begleitung der Umsetzung beauftragt wurde und als unabhängige Monitoring-Stelle die Einhaltung der Ratifizierung in Deutschland fortan beobachtet und kontrolliert, in ihrem Policy Paper über die UN-Behindertenrechtskonvention und das zugehörige Fakultativprotokoll, das im Streitfall menschenrechtlichen Schutz gewähren soll, eine angemessene Übersetzung genau so wie den Verzicht von Vorbehalten und Interpretationsspielräumen an.

Auch in Sonderschulen und Einrichtungen der Behindertenhilfe ist das Wort Inklusion angekommen. Sicher bin ich mir nicht ob man ihm mit großer Freude begegnet. Inklusion löst dort eher Angst, Unverständnis und Befremdung aus. Man fühlt sich angegriffen, falsch verstanden, überflüssig und zu etwas aufgefordert, das man doch eigentlich schon immer zu machen glaubte. Verschärft wird diese Angst noch durch eine aktuelle Analyse der Bertelmann-Stiftung über die Folgekosten unzureichender Bildung. Die Studie von Prof. Klemm zu den Ausgaben und zur Wirksamkeit der hochdifferenzierten Sonderwege in den bundesdeutschen Förder- und Sonderschulen belegt, dass für den hohen finanziellen Einsatz immerhin in Höhe von 2.6 Milliarden Euro pro Jahr den Sonderschülerinnen und Schülern wenig Perspektiven geboten wird. Die Zeit scheint also begonnen zu haben, wo die öffentliche Hand kritisch hinterfragt, was überhaupt dort in den Refugien der Aussonderung passiert und wie gut die dort von den professionellen Experten dort geleistete Arbeit wirklich ist.

Im Spiegel der nur angetippten Zusammenhänge und Hintergründe mag unser Tagungsthema über Inklusion also durchaus etwas verwundern. Immerhin haben die Ausrichter der Tagung dem Terminus 'Inklusion' als Leit- und Inbegriff für Entwicklungen den Vorzug gegeben und als Aufgabe ausgerufen, obwohl dieser Begriff im Sprachgebrauch bundesdeutscher Gesetzestexte und Lobbyisten eher gemieden und nicht so wirklich gewollt wird. Unser Thema Inklusion mag also einerseits widerständig, modern und perspektivenreich in die Zukunft gerichtet klingen, andererseits tönt auch eine Befürchtung durch, die erahnen lässt, dass eine pandemieartige Ausbreitung der Inklusion nicht zu befürchten ist.

Was also ist das los? Ist Inklusion nun ein zielführender Königsweg oder eher ein Irrweg? Bringt Inklusion neue Hoffnungen für mehr Emanzipation und mehr Teilhabechancen? Oder eben nicht? Hat dann das Unternehmen Integration ausgedient? Ist Inklusion sogar ein Gegenmodell oder nur eine „optimierte und erweiterte Integration“? Was stärkt die Beharrlichkeit am Konzept Integration festzuhalten. Warum spürt man eine gewisse Ignoranz gegenüber dem Inklusionsbegriff?

Lassen Sie mich als eine Baustelle in meinem Vortrag beide Begriffe also etwas unter die Lupe nehmen, ein paar Gemeinsamkeiten und Unterschiede klären und sie histo-

risch in die unendlich lange Geschichte der Versorgungspolitik für Behinderte einordnen. Denn die Geschichte der Hin- und Zuwendung von behinderten Menschen selbst ist es, die Zweifel an der Wirksamkeit von Integration als Begriff, Konzept und Programm aufkommen lässt und zwangsläufig die Frage nach der Optimierung und Kontrolle von Integration aufwirft. Warum also kam und kommt Integration nur so schleppend voran? Wann und wie lange gelingt Integration? Wo liegen die Grenzen?

Solche Fragen bestimmen eine weitere Baustelle. Ich werde sie nur schlaglichtartig bearbeiten können, will dabei aber auf Erfahrungen und Erkenntnisse aus der Integrationsforschung rekurrieren, um einigen jener Wirkvariablen auf die Spur zu kommen, die einen nachhaltigen Einfluss auf den Erfolg von Integrations- wie Inklusionsmaßnahmen haben könnten und die dann auch mit Nachdruck hinsichtlich ihrer Wirksamkeiten und Nachhaltigkeiten zu evaluieren wären. Was aber muss dann von wem, wann und wie oft gemessen werden? Und mit welchen wissenschaftlich abgesicherten und allseits anerkannten Methoden? Oder ist es sogar ethisch verwerflich, die Einlösung eines Menschenrechts beweisen und belegen zu müssen? Fragen, die eine dritte Baustelle in meinem Vortrag provokativ aufwerfen, bevor ich dann abschließend vorsichtig bilanzieren und fordern möchte.

Lassen sie mich diese drei Baustellen in Ihrer Interdependenz angehen und dabei versuchen die unerledigte Aufgabe der Integration nicht vorschnell abzuwerten und das ausgerufene Paradigma der Inklusion nicht vorschnell als den Königsweg auszurufen, den nur die Könige gehen wollen, nicht aber das Volk.

Wenn wir uns in der neueren Fachliteratur umschaun oder etwas aufmerksamer die Medien verfolgen, wird uns rasch deutlich, dass in Theorie wie Praxis der Rehabilitations- und Erziehungswissenschaften vermehrt 3 grundlegende Schlüsselbegriffe auftauchen: Partizipation, Integration und Inklusion.

Aus soziologischer Sicht kritisieren die drei Begriffe die soziale Wirklichkeit des gesellschaftlichen Umgangs mit Menschen, die sich normabweichend verhalten und sie schärfen die Konturen einer oft als sozial romantisch bezeichnete Wunschvorstellung des Zusammenlebens der Menschen. Die Liste derer, die wir heute als deviant etikettieren, an den Rand der Gesellschaft drängen und exkludieren ist lang. In unserer postmodernen, multikulturellen Weltrisikogesellschaft bestimmen immer nachhaltiger soziale Ungleichheiten und neue soziale Probleme das Aufwachsen von Kindern und die Sozialisation der Jugendlichen. Sozial benachteiligte Kinder, Migrantenkinder, Kinder aus Multiproblemfamilien, Straßenkinder, Jugendliche mit Behinderungen aber auch scheinbar 'normale' Jugendliche erleben genauso wie in Problem- und Schieflagen geratene Erwachsene oder alte, hilfe- und pflegebedürftige, behinderte und von Aussonderung bedrohte Menschen vielfältige und nachhaltig ihre Identität beschädigende Benachteiligungen.

Ausgrenzungen, Stigmatisierungen, Gesundheitsprobleme, Statusverlust, existentielle Bedrohungen und erhebliche Einschränkungen der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sind die Folgen. Unser Sozialwesen und Bildungssystem aber hat über die gesamte Lebensspanne hinweg die Aufgabe, die Persönlichkeit eines jeden Menschen zu fördern bzw. zu erhalten und die Unterschiedlichkeit der Menschen zu einem zentralen Ansatz von Pädagogik und Didaktik zu machen. Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit erfordern deshalb einen neuen Umgang mit Gleichheit und Differenz und neue Ideen und Konzepte, wie wir Sie heute hier in Kiel insbesondere mit Blick auf Menschen mit Behinderung neben anderen nicht minder wichtigen Dimensionen von Heterogenität wie „ability, gender, ethnicity, nationality, first language, races, classes, religions, sexual orientation, physical conditions and so on.. diskutieren wollen. Und solche

Konzepte scheinen notwendiger denn je, wenn wir nicht länger machtlos zuschauen wollen mit welchen absurden Taten die immer jünger werdenden „outlaws“ und großen Verlierer einer auf Selektion angelegten Gesellschaft bei ihren Amokläufen aufwarten, um sich als irgendwie beschämte und bloßgestellte Menschen an den Schulen zu rächen und an unschuldige Menschen abzureagieren.

Inklusion firmiert hier als Vision für ein humanes, respektvolles und friedliches Zusammenleben und Zusammenhandeln der Menschen und umschreibt eine neue Aufgabe und Herausforderung der Sozial- und Bildungspolitik. Die Bewältigung der Heterogenität, die Verwirklichung von Gerechtigkeit und Lebenschancen ist dabei das Ziel und der Weg einer modernen Pädagogik der Vielfalt und damit auch das Anliegen einer auf Inklusion gerichteten Behinderten- und Jugendhilfe sowie Sozialen Arbeit in allen Lebenslagen, Lebensbereichen und Lebensphasen.

Bei den gegenwärtig vielen inklusiven und hoffungsvollen Blicken in die Zukunft des noch jungen 21. Jahrhunderts mag ein Blick zurück erlaubt sein und eine einordnende Zusammenschau auf die Historie der Hin- und Zuwendung von Menschen mit Behinderungen überzogene Erwartungen dämpfen, zumindest relativieren.

Schauen wir nämlich genau hin, lässt sich die unendlich lange Geschichte der allmählichen politischen und pädagogischen Entdeckung von Menschen mit Behinderungen als steiniger Weg, ab der Antike über das Mittelalter von der völligen Missachtung, Aussetzung und Tötung, der sog. Extinktion über den heilpädagogischen Urknall im 19. Jahrhundert und den Erziehungsversuchen von Pionieren wie Itard, Seguin, Pestalozzi, Guggenbühl oder Georgs und Deinhardt, die sog. Phase der Exklusion beschreiben, die schließlich mit den Anstaltsgründungen in die so genannte Phase der Segregation und Separation überging, die wiederum eine besondere Pädagogik begründete, die sich vorbildlich den erschwerten Bedingungen stellte, das Recht auf Bildung, Förderung und Unterstützung erkämpfte, die Hilfen für Behinderte professionalisierte aber auch so spezialisierte, dass sie ab den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts sogar eine Normalisierungsbewegung auslöste und Anfang der 80er Jahre die Integration auf den Plan rief.

Nehmen wir die jüngere Vergangenheit etwas genauer in Blick, erweisen sich die politischen Wege die Teilhabechancen und -möglichkeiten von Menschen mit Behinderungen in der Gesellschaft zu verbessern und die pädagogisch schmalen Pfade der Integration dieser Menschen insgesamt als ein mehr oder weniger unentschlossenes Stolpern vom Objekt zum Subjekt, Taumeln vom Fürsorgeansatz zum Bürgerrechtsansatz und Oszillieren von der Fremdbestimmung zur Selbstbestimmung. Bis heute lässt die soziale Wirklichkeit für Menschen mit Behinderungen nur zaghaft den schon lange angekündigten und durch Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsparagrafen, ja gar von Grundgesetzliche Verankerungen gestützten Paradigmenwechsel erkennen.

Zu erdrückend ist das Fremde, das Anders-Sein, die Normabweichung, zu negativ sind die Einstellungen und zu groß sind die Vorurteile gegenüber Menschen mit Behinderungen in unserer Kultur, um mit großer Gelassenheit und einem humanen wie demokratischen Selbstverständnis Menschen mit und ohne Behinderungen chancengleich gemeinsam spielen, lernen und leben zu lassen. Sonderwege bestimmten deshalb nachhaltig die Bildungs- und Sozialpolitik im Anschluss an die Wirren des Zweiten Weltkrieges. Sie beförderten die Institutionalisierung von Behinderung und zementierten reichlich und bestens ausgestattete Sondereinrichtungen, die als Wiedergutmachung der Verbrechen an Behinderten im Dritten Reich natürlich nur dem Wohle unserer behinderten „Sorgenkinder“ dienen und die Tür zurück in die Gesellschaft weit öffnen sollen. Ganz offensichtlich war und ist die soziale Integration behinderter Menschen in die Gesellschaft schon immer erklärtes Anliegen und das zentrale Ziel jedweder Hilfe für

Behinderte. Gestritten und kontrovers diskutiert wird seitdem lediglich wo, wie und von wem dieses Ziel erreicht werden soll und kann. Mit System wurden im System des immer professioneller werdenden Behindertenwesens Wege und Irrwege beschritten, die Menschen mit Behinderungen wenigstens ein Leben zwischen Aussonderung und Integration bescherten.

Deshalb kamen Zweifel darüber auf, ob über den Umweg der Schonräume Integration überhaupt zu erreichen ist. Vor allem Eltern, die Betroffenen selbst und vereinzelt auch kritische Experten stellten fest, dass Sonderwege eine Eigendynamik entwickeln, die eher in eine Sackgasse der Aussonderung führen statt Teilhabe an Gesellschaft zu verwirklichen. Nach dem Auf- und Ausbau des Sonderschulwesens, verbunden mit der Sicherstellung des Bildungsrechtes für Behinderte wurde deshalb formal Integration zur zweiten großen Herausforderung nach 1945 erklärt, während zugleich die Behindertenhilfe sich zu einer autonomen Säule der Erziehung, Bildung, Förderung und Versorgung als Parallelkultur mit außerordentlich wenig Schnittstellen zur Normalität entwickelte, was von der Bevölkerung wohl gerade wegen dieser entlastenden Funktion mehrheitlich so akzeptiert und auch wertschätzend für richtig erachtet wird. Vergessen hatte man bis dahin die Betroffenen selbst und Ihre Angehörigen in die Diskussion und die Entwicklungen mit einzubeziehen.

Ab den 70er Jahren sind auf Drängen der Eltern, bisweilen über den juristischen Klageweg Modellprojekte eingerichtet worden. Integration wurde praktisch erprobt und wissenschaftlich evaluiert. Nach einer mehr als 30 jährigen Ära der Versuche in Kindergärten, Tagesstätten und Schulen liegen heute ausreichend relevante Erfahrungen und wissenschaftliche Erkenntnisse vor. Aus wissenschaftstheoretischer Sicht hat die sog. Integrationsforschung dabei forschungsmethodisch entlang des ganzen Spektrums quantitativer wie qualitativer Verfahren korrekt gearbeitet, die allseits bekannten Gütekriterien empirischer Sozialforschung zwischen naturwissenschaftlichem Erklären und geisteswissenschaftlichem Verstehen beachtet, methodisch geschickt und dem Forschungsgegenstand angemessen, mal induktiv, mal deduktiv, mal geschlossen, mal offen, mal Hypothesen prüfend, mal Hypothesen generierend, auf hohem wie niedrigen Messniveau und mit kleinen und größeren Stichproben die soziale Wirklichkeit der allerdings alles andere als einheitlich und vergleichbar im Feld vorzufindenden integrativen Praxis in Kindergärten und Schulen erforscht und die erhobenen und aufgearbeiteten Ergebnisse Daten regelgeleitet ausgewertet, richtig interpretiert und objektiv verallgemeinert. Untersucht wurde viel. Interessiert haben neben der statistischen Erfassung der zahlenmäßigen Verbreitung, die Rahmenbedingungen, die Kosten, die Sozialentwicklung, die schulischen Leistungen, die Einstellungen und die Bereitschaft von Pädagoginnen, die Urteile der Eltern, die Wahrnehmung von Behinderung, Einstellungsänderungseffekte und Grenzen der Integration, z.B. bei Menschen mit schweren und mehrfachen Behinderungen und einem hohen Förderbedarf. Außerordentlich wenige Ergebnisse liegen zu didaktischen Fragen und Problemen im gemeinsamen Unterricht vor.

Ihnen heute diese Ergebnisse alle zu referieren sprengt nicht nur den Rahmen, sondern erscheint in Anbetracht der vielen vorgelegten Studien fast unmöglich. Ich muss an der Stelle auf eine Darstellung wichtiger Ergebnisse in dem Kapitel von mir zur Integration in dem Lehrbuch der Soziologie der Behinderten verweisen. Wenn wir aber quer durch das, was wir heute über Integration wissen eine Bilanz ziehen wollten, dann die, dass die anfänglichen Rechtfertigungs- und späteren Wirksamkeitsstudien der Integrationsforschung reichhaltig und vielseitig belegen, dass und wie Integration geht. Selbst Integrations skeptiker sprechen von einer Pattsituation zwischen integrativer und separativer Erziehung, Bildung und Förderung. Dennoch hat sich Integration als Programm und zwischenzeitlich theoretisch fundierte Reformbewegung nicht wirklich und entscheidend

durchsetzen können. Transformationen in die Normalität und über die vorschulische und schulische Integration hinaus auf die Lebensbereiche Arbeit, Beruf, Freizeit, Wohnen und Alter sind weitgehend ausgeblieben. Eine flächendeckend realisierte Integration lässt sich noch nicht feststellen. Wenn wir uns die Integrationsquoten für manche Länder im Spiegel europäischer Entwicklungen anschauen, erscheinen einige davon gerade zu beschämend. Der Zusammenstellung der European Agency for Development in Special Needs Education aus dem Jahr 2008 sind folgende Integrationsquoten im schulischen Bereich für einige Länder Europas zu entnehmen: Italien 99%, Frankreich 30%, Österreich 54%, Norwegen 94%, Polen 49%, Finnland 42%, Tschechien 51%, Belgien 9%, Griechenland 77% und Deutschland 13%. Interessant in dieser Tabelle sind ferner die prozentualen Angaben jener Kinder mit einem besonderen Förderbedarf. Während die Zahlen mit 5,5 % für Deutschland und 6,2 % für die Schweiz annähernd gleich sind, gibt es in Italien lediglich 2,1% Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen und Lernschwierigkeiten. Innerhalb Europas wird höchst uneinheitlich, offensichtlich beliebig entschieden wer behindert ist. Wir hier in Deutschland neigen offensichtlich überproportional mehr zu Etikettierungen, Feststellungen von Sonderschulbedürftigkeiten und Zuweisung zu Sonderschulen.

Auch die „blauen Briefe“ der Vereinten Nationen bescheinigen im internationalen Vergleich machen Ländern die Existenz und Pflege eines hoch selektiven Sozial- und Bildungswesens und fordern regelrecht zu nachhaltigen Entwicklungen auf, die die Chancengleichheit für alle sicherstellen und die Schere zwischen Arm und Reich nicht noch weiter aufgehen lassen sollen. Nicht zuletzt haben die rein quantitative Stagnation der Integration sowie qualitative Schief lagen die Diskussionen um Integration als Begriff und Reformbewegung sowie den Diskurs über ihre Grenzen und ihre Wirksamkeit ausgelöst. Nach 30 Jahren Integrationsbemühungen knüpft Integration damit nahtlos an die ebenfalls in ihrer Wirksamkeit sehr bescheiden gebliebene Bilanz nach 25 Jahren intensiver Normalisierungsbemühungen, wie sie uns seinerzeit der dänische Verwaltungsbeamte und Erfinder des sog. Normalisierungsprinzips Bengt Nirje selbst in der renommierten schweizerischen VHN zum Lesen vorgelegt hat.

Inklusion weckt hierbei erneut Hoffnungen, stellt in Aussicht die Schwächen der Integrationspraxis zu überwinden und suggeriert insbesondere fundamentale, sozial und bildungspolitische Erneuerungen rascher bewältigen und erreichen zu können als Integration. Mit der UN-Behindertenrechtskonvention im Rücken versteht sich Inklusion nicht länger als gütige Gnade sondern als Rechtsanspruch für Menschen mit Behinderungen.

In der Tat die Menschen mit Behinderungen sind selbstbewusster, frecher und fordernder geworden. Sie wollen teilhaben und zur Gesellschaft gehören. Sie wollen nicht ausgegrenzt werden. Sie wollen nicht besonders behandelt werden. Menschen mit Behinderungen wollen wie alle anderen Menschen zur Gesellschaft gehören und die gleichen Rechte haben. Und weil sie von Anfang an dazu gehören wollen, müssen sie nicht wieder ausgegliedert werden. Ein fundamentaler Unterschied also zur Integration, die ja geradezu den Tatbestand einer Aussonderung voraussetzt um dann über ein Bypass-System Menschen wieder in den Hauptstrom der Gesellschaft rückführen zu können. Verkehrspolitisch gedacht werden „normabweichende“ Menschen (Verkehrssünder) aus dem Verkehr genommen (Separation) und durch Integrationsmaßnahmen wieder verkehrstüchtig gemacht, damit sie dann dem öffentlichen Verkehr wieder zugemutet werden können und sich dort mehr oder weniger unauffällig aber stets Dank zollend bewegen können. Von der Norm abweichende Menschen werden also in kompensatorischer Absicht und in einem einseitigen Anpassungsprozess an die normalen Verkehrsregeln rehabilitiert. Wer diese Assimilationsleistungen nicht schafft oder dabei zu viel Aufwand braucht, bleibt draußen vor der Tür, gilt als integrationsresistent, wird dem kaskadenar-

tigen Wasserfall einer mehrfachen Aussonderung preisgegeben, der von mal zu mal auf dem Weg nach unten die Chancen auf Integration und Teilhabe schmälert, auch weil wir die Ressourcen für Integration begrenzt halten und die Förderung und Betreuung in homogenisierten Gruppe von Verkehrssündern insgesamt leichter und günstiger in speziellen Lebenswelten zu organisieren sind.

Während sich 'Integration' als Leitbegriff stärker auf die 'Wiederherstellung einer Einheit' und damit vor allem auch auf besondere Maßnahmen bezieht, die es Menschen mit Behinderungen ermöglichen sollen, wieder am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, von dem sie vorher ausgeschlossen waren, geht der Begriff 'Inclusion' weit darüber hinaus und fordert radikal, dass Behinderung als normale Spielart menschlichen Seins *in allen gesellschaftlichen Bereichen* akzeptiert und entsprechend in alle administrativen Planungen regelhaft einbezogen werden muß“. Von zentraler Bedeutung ist das *Einbezogensein als vollwertiges Mitglied der Gesellschaft* und eben nicht das *Einbezogenwerden als ´neues´ Mitglied in die Gesellschaft*.

Fassen wir zusammen:

Inklusion postuliert die Teilhabe aller Menschen als ein Grundrecht für alle Menschen. Inklusion ist ein Menschenrecht, das selbstverständlich auch und gerade für Menschen mit Behinderungen eigentlich keiner besonderen Begründung bedarf! Als Konzept fordert es axiomatisch das Einbezogensein von Menschen mit Behinderungen als vollwertige Mitglieder in die Gesellschaft. Inklusion anerkennt Gleichheit und Verschiedenheit der Menschen und lässt es erst gar nicht zur Ausgrenzung kommen lässt. Solange aber Aussonderung stattfindet und Menschen mit Behinderungen ausgesondert sind (ich erinnere an die vorhin genannten Integrationsquoten), sind soziale Integrationsbemühungen zwingend notwendig und damit auch die Verwendung des Begriffs Integration angebracht und legitim. Ja es wäre sogar ein Etikettenschwindel, wenn plötzlich alles was wir bislang integrativ nennen in inklusiv umtaufen. Integration ist eine real existierende Vorstufe von Inklusion und als offensichtlich notwendiger Schritt in Richtung zu einem umfassenden Inklusionsverständnis aufzufassen. Unsere professionellen Bemühungen Aussonderung rückgängig zu machen sollten wir Integration nennen, unsere Bemühungen Aussonderung keine Chance zu geben dürfen wir Inklusion nennen.

Wir müssen uns also damit abfinden, dass uns noch eine ganze Zeit lang beide Begriffe begegnen werden. Damit die bestehenden Gemeinsamkeiten und die Unterschiede zwischen Integration und Inklusion nicht länger verwässert und von maßgeblichen gesellschaftlichen Kräften dazu verwendet werden, beide Entwicklungen klein zu halten und gegeneinander auszuspielen, um die traditionellen Formen der Institutionalisierung von Behinderung zu bewahren, brauchen die Geschwister Integration und Inklusion eine gemeinsame Zukunft und unsere volle Aufmerksamkeit.

Richten wir zu guter Letzt den Blick nach vorn und fragen und abschließend: wie geht es weiter? Was ist zu tun? Was meint dabei Wirksamkeit und Qualität messen?

Zunächst müssen wir lernen und akzeptieren, dass die bloße Ansage „Wir machen Integration und damit prinzipiell schon einmal etwas Gutes für Menschen mit Behinderung und zudem sowieso das absolut Richtige, das keines genaueren Hinschauens und schon gar nicht eines qualitativen Messens und Kontrollierens bedarf nicht länger die Versorgungslandschaften und Rehabilitationsansprüche bestimmen darf. Was wir dringend brauchen sind evidenzbasierte Integrationsmaßnahmen und landesweit, noch besser europaweit gültige Qualitätsstandards, eine Art Krieteriologie über „best practice, die die Beweisführung und das Controlling von Integration erleichtern und national wie international vergleichbar machen und endlich dafür sorgen, dass Integration nicht länger freiwillig und beliebig bleibt und von Ressourcenvorbehalten bestimmt wird. Bevor

aber Monitoring und Controlling Systeme eingeführt werden, bedarf es einer Qualifizierungsoffensive in den Einrichtungen, der Einführung eines Changemanagement das professionell und nachhaltig Teilhabe auf den Weg bringt und Aussonderung abbaut, innovative Projekte plant, Herausforderungen konzeptualisiert, Praxisentwicklung und Veränderungen dokumentiert und evaluiert, die Wirksamkeiten des eigenen Handelns und Tuns theoriegeleitet, datenbasiert und kriterienbezogen auswertet, der öffentlichen Diskussion zugänglich und damit untereinander vergleichbar macht, insbesondere aber Hinweise gibt, an was weiter mit Nachdruck gearbeitet werden muss um nicht wieder auf frühere Qualitäts- und Entwicklungsstufen zurückzufallen.

Instrumente wie der 'Index of Inclusion' geben vor allem den Sozialisationsinstanzen und Ausbildungsorten schon heute viel Material sich konsequent wertgeleitet und strategisch in Richtung Integration und Inklusion zu entwickeln. Mehr Kopfzerbrechen bereiten mir die Methoden, um den Erfolg wie Misserfolg der Ent-hinderung, Ent-medizinisierung, Ent-kategorisierung, Ent-stigmatisierung zu messen. Noch existiert weder ein standardisierter Quicktest oder geeichtes Messgerät, das den Integrationserfolg digital anzeigt noch gibt es ein Lackmuspapier, das man Menschen mit Behinderungen in regelmäßigen Abständen auf die Zunge legen könnte, um dann je nach Färbung auf einer Skala den aktuell erreichten Grad ihrer Teilhabe ablesen zu können. Selbst amtliche Statistiken, die vorgeben die Integration zu quantifizieren entpuppen sich beim genaueren Hinschauen als Zahlen zum Staunen.

Damit es am Ende nicht bei einer schwachen Übersetzung und beliebigen Interpretation des weltweit sich etablierenden Programms Inklusion bleibt, braucht es politisch ausdrücklich gewollter, rechtlicher verbindlich verankerter und administrativ professionell geführter sowie finanziell substantiell gesicherter Unterstützungs- und Sicherungssysteme, die von unabhängigen Instituten nach allseits transparenten universell gültigen wie forschungszugänglichen Bewertungskriterien, die die integrative und inklusive Entwicklung jeder Gesellschaft quantitativ wie qualitativ dynamisch-prozessual bilanziert, kontrolliert und evaluiert und so die konsequente Vermeidung und Umwandlung von Aussonderung von behinderten Mitgliedern in unserer Gesellschaft nachweist und dokumentiert und damit ausreichend Hinweise auf strukturelle und funktionelle Verbesserungen gibt.

Nach dem im Jahr 2010 der 15. Weltkongress „Inclusion International“ in Deutschland stattfand, findet schon im Mai 2011 die nächste Internationale Konferenz „Europe in Action“ zur Inklusion von Menschen mit intellektueller Behinderung in der Gesellschaft in Zypern statt. Ganz sicher werden auch dort wieder mehr als 1.000 Teilnehmer aus Europa Möglichkeiten und Strategien besprechen wie man die Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderung umsetzen kann. Ich würde mich freuen viele von Ihnen dort wieder zu sehen, um die heute mit dieser Tagung aufgeworfenen Fragen weiter voran zu bringen und zu spüren, dass im Dickicht möglicher Messungen der Wirksamkeit von Integrationsmaßnahmen die allmähliche Entdeckung der Inklusion als Menschenrecht der wohl wichtigste empirisch messbare Erfolg der Integration wäre.

Ich danke für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit, hoffe Sie nicht gelangweilt, weder sprachlich noch durch mein Vortragstempo abgehängt zu haben und freue mich heute hier im Kiel Landtag oder darüber hinaus an anderen Orten und zu anderen Gelegenheiten auf spannende Diskussionen mit Ihnen.

Herzlichen Dank – Dankeschön!